

Belgien

Sandra Boldrini

Die Diskussion um die Ratifizierung des Vertrages über eine Verfassung für Europa traf in Belgien auf wenig Begeisterung. Begleitet von beinahe völliger Gleichgültigkeit begann der belgische Senat am 28. April 2005 mit der Beratung des Gesetzentwurfs zur Zustimmung zum Europäischen Verfassungsvertrag. In Belgien dauert die Ratifizierung europäischer Gesetzesvorlagen im Allgemeinen seine Zeit.¹ Das ist vor allem auf die institutionelle Komplexität des Landes zurückzuführen. Zusätzlich zum Bundesparlament (Abgeordnetenversammlung und Senat) müssen sich acht föderale Einheiten für die Ratifizierung internationaler Verträge aussprechen: Das Parlament in Brüssel (das zum Zweck der Abstimmung in drei Untereinheiten zerfällt) stimmte dem Verfassungsvertrag am 17. Juni 2005 zu, das Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft am 20. Juni, das wallonische Parlament am 29. Juni, das Parlament der französischsprachigen Gemeinschaft am 19. Juli und das flämische Parlament am 8. Februar 2006. Trotz der Zustimmung des flämischen Parlaments bestand ein formaljuristisches Hindernis: Die Zustimmung zur Verordnung durch die flämische Regierung von Ministerpräsident Yves Leterme. Letzterer hatte die Verordnung von der Verkündung zur Zustimmung durch alle föderalen Einheiten entscheidend beeinflusst, eine „Zustimmung der parlamentarischen Kooperation zur Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips“.² Erst am 8. Juni 2006 – nach einer Wartezeit von fünf Monaten – gab die flämische Regierung ihre Zustimmung und räumte auch das letzte Hindernis aus dem Weg, so dass Belgien als 14. Mitgliedsstaat dem Europäischen Verfassungsvertrag zustimmte.

Die Projekte zur Wiederbelebung der Europäischen Union

In einem pessimistischen Kontext im Hinblick auf die Zukunft der Europäischen Union erwies sich das Jahr 2006 im Gegensatz dazu in Belgien als beispielhaft für die bereits zu einer Tradition gewordene Unterstützung des Prozesses der europäischen Integration.

„Als Land, das von der Notwendigkeit einer noch stärkeren Integration absolut überzeugt ist, wird Belgien der Kommission zur Seite stehen, wenn sie ehrgeizige Projekte für die Union enthüllt“, erklärt der belgische Außenminister, Karel De Gucht.³ An diese Unterstützung Belgiens für die europäische Sache erinnerte vor kurzem Kommissionspräsident Barroso. Im Juni 2006 erklärte Barroso in einer Aufforderung an die belgischen Parlamentarier: „Ich bitte Sie, gemeinsam mit mir dem unsäglichen Europessimismus Einhalt zu gebieten. Ich bitte Sie, denjenigen Einhalt zu gebieten, die ein Versagen Europas heraufbeschwören: Zeigen wir ihnen, dass wir mit konkreten Projekten Fortschritte machen“.⁴ Einige Tage später begrüßte Barroso in einer Fernsehsendung auch die Rolle Belgiens bei seiner fortwährenden Unterstützung der europäischen Sache.⁵

1 Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster.

Belgien war beispielsweise das letzte Land, das 1997 den Vertrag von Amsterdam ratifizierte.

2 Diese parlamentarische Kooperationsvereinbarung sieht vor, dass alle parlamentarischen Körperschaften in Belgien Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen dürfen, d.h. dass sie an der Umsetzung der Politik und der europäischen Gesetzgebung genauso beteiligt sind wie am Subsidiaritätsverfahren.

3 Interview mit K. De Gucht von Eurinfo, monatlich, Nr. 302, Februar 2006, S. 5.

Diese Unterstützung der Europäischen Union ist auch in der traditionell pro-europäisch eingestellten Bevölkerung verankert. Aus der Umfrage von Eurobarometer zur Zukunft Europas vom April 2006 ging hervor, dass sich die Belgier sehr positiv bei der Bewertung der Auswirkungen der Zugehörigkeit ihres Landes zur EU zeigen. Die Umfrage ergab, dass bis zu 60% der Belgier überzeugt sind, dass die Zugehörigkeit Belgiens zur Union eine gute Sache ist (das sind 11% mehr als der europäische Durchschnitt). Was die Wahrnehmung der EU anbelangt, so zeigen sich Belgier sehr positiv im Vergleich zum europäischen Durchschnitt. Ein großer Teil der Bevölkerung sieht die EU als modern an (71%), demokratisch (71%) und als Schutz (63%).⁶ 44% der Belgier sind ebenfalls der Meinung, dass eine Europäische Verfassung einen wichtigen Faktor zur Stärkung der europäischen Identität darstellt (der europäische Durchschnitt liegt bei 27%).⁷ 36% der Belgier halten die Europäische Verfassung ebenfalls für eines der wirksamsten Mittel, um die europäische Dynamik wieder anzukurbeln (der europäische Durchschnitt liegt bei 25%), um vergleichbare Lebensstandards und die Einführung des Euro in allen Mitgliedsländern zu erreichen.

Die belgische Unterstützung beim Versuch, der EU neue Impulse zu verleihen, war auch sehr rasch in der gesamten politischen Klasse in Belgien zu hören. Die Positionen von Premierminister Guy Verhofstadt, des belgischen Außenministers, Karel De Gucht, und des Staatssekretär für Europa-Angelegenheiten, Didier Donfut, hatten eines gemeinsam: Den inbrünstigen Wunsch, der europäische Dynamik wieder Schwung zu geben und dabei auf mehr Integration zu setzen.

Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages durch Frankreich und die Niederlande bestand Belgien rasch auf einer Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses der Europäischen Verfassung. Der belgischen Politik ist es wichtig, die Zahl der Mitgliedstaaten genau zu vermerken, die für die Verfassung gestimmt haben. Hierzu hatte der belgische Premierminister Guy Verhofstadt am Vorabend des Europäischen Rats vom 16. und 17. Juni 2006 implizit eine Änderung des Europäischen Verfassungsvertrags erwogen: „Ich bin realistisch genug, um zu verstehen, dass die Verfassung nicht in ihrer Gesamtheit umgesetzt wird“, sagte er. Wenn man weiter für die Ratifizierung des Verfassungsvertrags plädiert, scheint sich Guy Verhofstadt mit einer wachsenden Zahl anderer europäischer Staatsmänner von der Vorstellung der Umsetzung der Verfassung in ihrer aktuellen Form zu verabschieden. „Wichtig ist die Abschaffung der Regel, dass der Ministerrat einstimmig entscheiden muss“, erklärte Guy Verhofstadt, der die Ausweitung der qualifizierten Mehrheit als wesentliches Element sieht, um Europa vor einem verfassungstechnischen Schiffbruch zu bewahren.⁸

Für den belgischen Premierminister ist es „unverzichtbar, Europa aus der negativen Spirale der vergangenen Monate herauszuholen“, dem „Zynismus eine Alternative zu bie-

4 Förderale Beratungskommission zu Europäischen Fragen, Dienstag, 20. Juni 2006.

5 Sendung De Zevende Dag, Sonntag, 25. Juni 2006.

6 Andererseits halten 71% der Belgier die EU auch für sehr technokratisch (22% über dem europäischen Durchschnitt!).

7 Mit 38% der Stimmen belegt ein hochwertiges Europäisches Sozialmodell den zweiten Platz bei den Belgiern (38%).

8 Agence Belga, 16. Juni 2006. Der Außenminister setzt den Premierminister über seinen Wunsch nach einer qualifizierten Mehrheit in Kenntnis: „Sicher ist jedoch, dass die institutionellen Probleme, die der Konvent herausgearbeitet hat, mit mehr Mitgliedern auch akuter werden. Eine Vogel-Strauß-Politik ist unverantwortlich. Belgien besteht daher darauf, dass institutionelle Aspekte angesprochen werden, vor allem die Entscheidungsfähigkeit der Union, bevor eine Erweiterung über die 27 hinaus beschlossen wird“, in der Rede von K. De Gucht, „Enlargement : Past and Future“, Universität Warschau, 23. Mai 2006.

ten“ und „einen engagierteren Ansatz, vor allem bei den jungen Leuten, die sich für den Verfassungsentwurf ausgesprochen haben“ zu wagen.⁹

In seinem Werk „Die Vereinigten Staaten von Europa“¹⁰ stellt der belgische Premierminister seine Ansicht unmissverständlich dar: Er möchte die „Vereinigten Staaten von Europa“ schaffen, wenn möglich mit allen Mitgliedsstaaten der Union – und sollte es nicht anders möglich sein, zunächst auch mit einigen Pionieren.

Die Analyse geht von einer einfachen Feststellung aus: Möchte Europa politisch und wirtschaftlich in der Welt von morgen weiter bestehen und gleichzeitig auf die Wünsche seiner Bürger eingehen, muss es einen höheren Grad der Integration anstreben und eine echte politische Einheit werden. Verhofstadt stellt sich vor, Europa auf fünf Hauptpfählern zu bauen: Der Schaffung einer europäischen Regierung und einer europäischen Wirtschaftsstrategie, einer neuen europäischen Forschungs- und Entwicklungspolitik, eines Raums für Justiz und Sicherheit, einer echten gemeinsamen Diplomatie sowie der Schaffung einer „europäischen Armee“. Guy Verhofstadt stützt sich auf bereits bekannte Vorstellungen (eine europäische Armee, die Notwendigkeit von mehr Investitionen in die Forschung sind nicht neu), schlägt die Schaffung von „Schwankungsbreiten“ vor, innerhalb derer sich die Mitgliedsstaaten bewegen können (bei der Flexibilisierung der Arbeit, Arbeitnehmerschutz, Steuerlasten, etc.). Europa könnte seinen wirtschaftlichen Zusammenhalt bewahren und den Mitgliedstaaten gleichzeitig eine Anpassung im Rahmen ihrer Traditionen ermöglichen. Vor diesem Hintergrund schlägt er eine völlige Neugestaltung des Europäischen Haushalts vor, der sich auf eigene Mittel stützt – nicht mehr auf die nationalen Beiträge-, die als Umweltsteuer bzw. direkt auf die Mehrwertsteuer erhoben werden.

Konkret schlug Guy Verhofstadt die Schaffung von zwei konzentrischen Kreisen an Mitgliedstaaten vor: Einer sollte ein „harter Kern“ aus den Mitgliedstaaten sein, die eine politische Integration und eine kohärentere Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen möchten. Dieser harte Kern sollte prinzipiell allen Mitgliedsländern offen stehen, sich aber um die elf Mitglieder der Eurozone gruppieren.¹¹ Auf der anderen Seite kreist „in politischer Hinsicht“ eine „Organisation europäischer Staaten“, bestehend aus den Mitgliedstaaten, die es wünschen, dass sich Europa auf die Funktionen beschränkt, die es jetzt bereits erfüllt (Friedenssicherung und Freihandelszone) um diesen harten Kern. Für Guy Verhofstadt befreit die Schaffung dieser „Vereinigten Staaten von Europa“ vom Dilemma der Erweiterung, das derzeit als Hindernis einer politischen Vertiefung angesehen wird.

Der Vorschlag von Außenminister Karel De Gucht, die Eurozone solle als Sprungbrett in die Bereiche dienen, die streng genommen nicht zur Währungsunion gehören (wie z. B. Verteidigung, Justiz und Umwelt) ist radikal. „Dort scheinen mir auf kurze Sicht die Erfolgsaussichten am niedrigsten zu sein“, meinte er.¹²

Für Karel De Gucht gelingt dies nur über den Nachweis eines Mehrwerts, über den die Europäische Union bei der Bevölkerung einen besseren Ruf erlangen könnte. Er sagt: „Wir müssen am so genannten ‚Kontext‘ arbeiten: Neue Politik-Projekte auf dem Niveau der EU

9 S.Verhest: „Le bâton européen du pèlerin Verhofstadt“, in: La Libre Belgique, 02.12.2006.

10 G. Verhofstadt: Les Etats-Unis d'Europe, Bruxelles, Editions Luc Pire, 2006. Der Premierminister stellte sein Werk in allen europäischen Hauptstädten vor, auf Pressekonferenzen und im Europaparlament in Straßburg, in der Plenarsitzung vor dem Europäischen Rat im Juni 2006.

11 Was Großbritannien a priori ausschließen würde, das nicht explizit genannt wurde (der Autor bezeichnete es als „den treuesten Verbündeten der Amerikaner in der EU“), gleichberechtigt mit den Ländern des Ostens.

12 Interview mit K. De Gucht in Eurinfo, mensuel, Nr. 302, Februar 2006, S. 5.

starten, sie umsetzen und dafür sorgen, dass die Union das Lob dafür bekommt“.¹³ Für ihn sind neue Impulse für die Europäische Union nur über eine Wiederankurbelung der Koordination der Wirtschaftspolitiken möglich. Er stellt sich die Frage, „ob man nicht eine gemeinsame wirtschaftliche Governance mit einer Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik entwickeln sollte und so aus der Europäischen Union eine engere wirtschaftliche Union?“¹⁴ Weiter meinte er: „Wenn man die Bürger emotional in das Europäische Projekt einbinden möchte, dann besteht meiner Ansicht nach die einzige Möglichkeit dazu über Bildung, die Jugend und die Kultur. Ich glaube, die Mobilität von Lehrpersonal, Studenten und Schülern stellt hier einen wichtigen Trumpf dar“.

Karel De Gucht ist ebenfalls der Meinung, dass der wertvollste Beitrag des Verfassungsvertrags die Schaffung eines Außenministeriums bleibt. Seiner Ansicht nach würde diese Funktion vor allem den horizontalen Zusammenhalt zwischen den Politiken aus der ersten und der zweiten Säule stärken.¹⁵ „Für Belgien stellt die Anwendung der ‚Méthode communautaire‘ in der Außenpolitik die beste Option dar“, meint Karel De Gucht. Aus diesem Grund unterstützt er auch die Schaffung einer „Kontaktgruppe der Europäischen Union“, die sich an der bestehenden „Kerngruppe“ inspiriert und aus dem Hohen Vertreter, der Kommission, der Ratspräsidentschaft und einer Gruppe Mitgliedstaaten zusammensetzt, die sich an bestimmten Bereichen der Außenpolitik beteiligen möchte.

Nach Ansicht des Staatssekretärs für Europäische Angelegenheiten, Didier Donfut, stagniert Europa als internationaler Akteur mit dem Europäischen Raum für Sicherheit und Justiz, während sich das soziale Europa auf Grund von Wachstum und Umverteilung des Reichtums, ehrgeiziger öffentlicher Dienste, sozialer Sicherung und dem Dialog mit den Sozialpartnern weiter zurückzieht.

Parallel zum verfassungstechnischen Aufbruch möchte Didier Donfut, dass Belgien jede Möglichkeit nutzt, um sich in Richtung einer größeren Konvergenz der Sozial- und Wirtschaftspolitiken und einer sozialen Dynamik zu bewegen. Seiner Ansicht nach sollte Europa eine Verstärkung der sozialen Dimension fordern. Deshalb hat er die Europäische Kommission aufgefordert, Vorschläge auszuarbeiten, die die Schaffung von Mindesteinkommen der Mitgliedsländer, die Verpflichtung zur tatsächlichen Erforschung der sozial-ökonomischen Auswirkungen jedes Gesetzesvorschlags sowie die unverzügliche Umsetzung der sozialpolitischen Agenda enthält, insbesondere für die Leistung sozialer Dienste außerhalb der klassischen Wettbewerbsregeln. Er bemerkte, dass derzeit nichts unternommen wird, damit Europa effizient funktionieren, seine Bürger unterstützen, schützen und anregen kann. Kurzfristig wünscht er sich irgendeine Art von Fortschritt, „auch einen leichten“¹⁶ - der in die Richtung einer politischen Vertiefung der Union geht. Beispiele hierfür sind ein Europa der Energie, die Stärkung der Kapazitäten zur zivilen Krisenbewältigung und der Stärkung der europäischen Strategie für dauerhafte Entwicklung.

Die Frage der Freizügigkeit von Arbeitnehmern

Die belgische Regierung beschloss, ihre Grenzen nicht für Arbeiter aus den zehn neuen Mitgliedsstaaten zu öffnen, die der Union am 1. Mai 2007 beitreten werden. Die Über-

13 Rede von K. De Gucht: „Enlargement: Past and Future“, Universität Warschau, 23. Mai 2006.

14 Ebd., S. 4.

15 Rede von K. De Gucht, „Comment renforcer la politique extérieure de l’Union européenne?“ vor der Versammlung der UEO, Paris, 19. Juni 2006.

16 D. Donfut: „A l’aube d’un sommet, l’Europe doit encore avancer“, in: L’Echo, 15.06. 2006.

gangszeit, die der Erweiterungsvertrag vorsieht und die am 1. Mai 2004 begonnen hatte, wurde durch den belgischen Staat auf unbestimmte Zeit verlängert. Das bedeutet, dass ausländische Arbeitnehmer immer noch eine Arbeitserlaubnis benötigen, die ihnen erst nach einer vorherigen Untersuchung des Arbeitsmarktes erteilt wird.¹⁷

Es muss hinzugefügt werden, dass die Zahl der in Belgien für Arbeitnehmer aus den neuen Beitrittsstaaten ausgestellten Arbeitserlaubnisse sich in den Jahren 2003, 2004 und 2005 kontinuierlich zugenommen hat und von 1.946 im Jahr 2003 auf 2.399 für 2004, und schließlich auf 3.552 Erlaubnisse in 2005 erhöht hatte.¹⁸

Belgien schätzte das Risiko als zu hoch ein, dass belgische Arbeitnehmer von Arbeitnehmern aus dem Osten verdrängt werden – ob legal oder nicht¹⁹. Der belgische Arbeitsminister wies darauf hin, dass man Kollektivvereinbarungen und Mindestlöhne im Namen des freien Verkehrs von Arbeitskräften nicht in Frage stellen könnte. Diese Position wurde von vielen Organisationen angegriffen, die in der sofortigen Öffnung des Arbeitsmarktes in Belgien eine Möglichkeit zur Verringerung der Schwarzarbeit sahen.²⁰

Belgien beschloss, die Öffnung seines Arbeitsmarktes an die folgenden Garantiever sprechen zu knüpfen: Registrierung aller ausländischen Arbeitnehmer, die in Belgien durch einen ausländischen Arbeitgeber beschäftigt werden; Gewährleistung einer gemeinschaftlichen Verantwortlichkeit der Hauptarbeitgeber sowie der Auftraggeber zur Einhaltung der Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitnehmer; Intensivierung der Zusammenarbeit der föderalen und regionalen Kontrolldienste, sowie die die Förderung der Überprüfung auf europäischem Niveau.²¹ Die Schwierigkeit, diese Bedingungen vor dem 1. Mai 2006 zu erfüllen, führte dazu, dass Belgien für eine Verlängerung des Übergangszeitraums²² eintrat.

In der Zwischenzeit muss Belgien seinen Arbeitsmarkt reformieren und dabei die Betonung auf die Begleitung von Arbeitslosen sowie das Ausbildungsangebot legen. Nach durch den belgischen Arbeitgeberverband vorgelegten Zahlen konnten 50.000 offene Stellen (davon 10.000 in der Baubranche) derzeit nicht besetzt werden, und das bei rund 450.000 Arbeitslosen in Belgien.²³ In einem solchen Fall erlaubt die belgische Regierung die Einstellung von Arbeitern aus dem Osten auf Grundlage eines beschleunigten Verfahrens. Eine königliche Verordnung, in Kraft seit 1. Juni 2006, sieht ein vereinfachtes Verfahren für als kritisch eingestufte Aufgaben vor, d.h. für Stellen, die auf dem belgischen Markt nicht besetzt werden können.²⁴

17 Das Gesetz vom 30. April 1999 zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer sieht vor, dass Arbeiter aus den neuen Mitgliedsstaaten über eine Arbeitserlaubnis verfügen müssen wie jeder andere ausländische Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber in Belgien sind gehalten, sich eine Arbeitserlaubnis vorlegen zu lassen, wenn sie einen Arbeitnehmer aus einem neuen Mitgliedsland beschäftigen möchten.

18 Die Erhöhung der Zahl der Erlaubnisse betrifft im wesentlichen die Erlaubnis B, die für polnische Arbeiter ausgestellt wird. Die Mehrheit der Erlaubnisse B wird für die Saisonarbeit von maximal 65 Tagen erteilt (hauptsächlich für die Landwirtschaft in Flandern).

19 In Belgien scheinen die immer wieder kehrenden Probleme mit Scheinselbständigen und nach Belgien entsandten Arbeitnehmer zu betreffen, die illegal beschäftigt sind, insbesondere im Baugewerbe und zu Arbeitsbedingungen, die den Kollektivvereinbarungen im Baugewerbe nicht entsprechen.

20 Dies ist insbesondere die Ansicht des belgischen Zentrums für Chancengleichheit, dem Verband der christlichen Gewerkschaften und des belgischen Arbeitgeberverbandes.

21 Runder Tisch mit dem Arbeitsminister und den Sozialpartnern, 01.02.2006.

22 Zahlreiche Kritiker waren auch zu hören, da die Regierung keine besonderen Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Stichtag am 1. Mai 2006, getroffen hatte.

23 L. van Ruymbeke: „Les frontières s’ouvriront plus tard“, in *Le Vif-L’Express*, 3. März 2006.

24 Die Zahlen für diese kritischen Stellen sind folgende: 90 in Wallonien, 52 in Brüssel, 113 in Flandern und 53 in der deutschsprachigen Gemeinschaft.

Wiederbelebung der Lissabon-Strategie

Am 12. April 2005 stellte die Kommission im Rahmen der Wiederbelebung der Agenda von Lissabon ihre „integrierten Leitlinien“ für Wachstum und Beschäftigung für den Zeitraum 2005-2008 vor. Auf Grundlage dieser Richtlinien legte Belgien ein nationales Reformprogramm auf, das auf die wichtigsten Herausforderungen eingeht, denen sich das Land stellen muss: vor allem die Verringerung der Lohnnebenkosten, Schaffung eines dynamischeren Arbeitsmarktes, Belebung der Wirtschaft über Reformen und Investitionen, Stärkung des Sozialversicherungssystems, Stärkung von Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum.

Am 25. Januar 2006 veröffentlichte die Kommission ihren Bericht zur Bewertung der Reformprogramme der Mitgliedstaaten. Im Falle Belgiens stellte die Kommission fest, dass die Analysen des belgischen Reformprogramms im Allgemeinen eingängig und die Ziele und Maßnahmen realistisch sind. Es wurde auch auf einige Schwächen hingewiesen. Auf der einen Seite besteht ein Koordinationsproblem zwischen föderalen und föderierten Einheiten. Die Kommission stellte ebenfalls die Tatsache heraus, dass das belgische Reformprogramm von allen regionalen und föderalen Regierungen angenommen wurde, die Parlamente aber an ihrer Entstehung nicht beteiligt waren. In einer Studie wurden die 25 Mitgliedstaaten nach der Beteiligung der nationalen Parlamente, der Sozialpartner, der Verpflichtung der nationalen Parlamente und der Gesellschaft an der Strategie von Lissabon eingestuft.²⁵ Auf einer Skala von 1 bis 12 erhielt die Mehrzahl der Länder ein Ergebnis von unter 6. Belgien ist mit einem Ergebnis von 3 einer der Mitgliedstaaten, die am wenigsten Beteiligung zulassen. Auf der anderen Seite sind Informationen des belgischen Staates zur Verteilung des Haushalts und der erzielten Wirkung selten.

Die Analyse des belgischen Unternehmensverbandes (FEB) zur aktuellen Lage bei der Umsetzung der Strategie von Lissabon in Belgien²⁶ zeigt, dass Belgien seiner Ansicht nach im Hinblick auf den Wettbewerbsindex eine schwache Leistung aufweist. 2006 erreichte Belgien ein Ergebnis von 45,2% und belegte den 15. Platz unter den 25 Mitgliedern der EU. „Mit diesem Ergebnis hatte sich Belgien im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Im Jahr 2005 nahm das Land auf Grundlage des Index von Lissabon umgerechnet auf den Index der EU-25 nur einen mittelmäßigen 19. Platz mit 40,9% ein“, beobachtet der FEB. Der Beschäftigungsindex stieg ebenfalls von 39,5% im Jahr 2005 auf 45,7% für 2006,“ doch der Weg ist noch lang. Um das für Europa gesteckte Ziel von 70% zu erreichen, sind radikale Maßnahmen notwendig, wie eine drastische Senkung der direkten und indirekten Steuerlast, die sich negativ auf die Beschäftigung auswirken“, stellte der FEB zudem fest. 2006 verzeichnete Belgien erneut sein bestes Ergebnis im Bereich der sozialen Kohäsion. Der FEB weist ebenfalls auf eine Verbesserung bei Umwelt und Innovationen hin.

Weiterführende Literatur

Janssen, Siebo M. H.: Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der europäischen Integration (ZEI Discussion Paper/C 150), Bonn 2005.

Mathieu, Raphaël: Le Benelux: laboratoire de l'integration ou structure residuaire au sein de l'Union européenne? (Veiligheid en strategie/No. 90), Brüssel 2006.

25 J. Pisany-Ferry/A. Sapir, „Last Exit to Lisbon“, Bruegel Policy Brief, Ausgabe 2006/2. März 2006.

26 FEB, „Focus Lisbonne: Ne nous reposons pas sur nos lauriers!“, Pressemitteilung, erschienen am 16. März 2006.